



Hauptausschuss

10. Sitzung (öffentlich)

31. Januar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:05 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

Vorlagen 16/456, 16/469, 16/411, 16/549, 16/511

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

- Änderungsanträge, abschließende Beratungen und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Der Hauptausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teil des Einzelplans 01 – Landtag – einstimmig an.

Der Hauptausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teil des Einzelplans 02 – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Der Hauptausschuss nimmt das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 07 070 des Einzelplans 07 – Landeszentrale für politische Bildung – einstimmig an.

2 Abschluss eines Staatsvertrages und einer Dienstleistungsvereinbarung zum Zwecke der Errichtung und zum Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals der Länder

6

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 16/1733

Der Chef der Staatskanzlei berichtet. MDgt Peter Kamp (Justizministerium) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.
– Der Punkt soll in der Sitzung des Hauptausschusses am 21. Februar 2013 zur abschließenden Beratung und Abstimmung aufgerufen werden.

3 Staatsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

10

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 16/1892

Der Ausschuss stimmt dem Staatsvertrag zu.

4 Modernes Regieren im digitalen Zeitalter – Open Government Strategie für Nordrhein-Westfalen vorantreiben! 11

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/811

Ausschussprotokoll 16/109

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Der mitberatende Hauptausschuss leitet den Antrag ohne Votum an den federführenden Innenausschuss weiter.

5	Verschiedenes	12
----------	----------------------	-----------

a) Auswertung eines Hearings	12
-------------------------------------	-----------

b) Informationen zur Berlinale-Fahrt	12
---	-----------

* * *